

Linkskoalition zwischen Mehrheitsfähigkeit und politischem Abseits

Wir setzen unsere Debatte über die politische Zukunft des Landes nach der Großen Koalition fort, diesmal mit Beiträgen zu den Aussichten einer Linkskoalition. Die Texte von Karsten Rudolph und André Brie entwickeln Positionen aus einem Streitgespräch weiter, das beide auf Einladung dieser Zeitschrift auf der Frankfurter Buchmesse 2007 miteinander geführt haben.

André Brie

Plädoyer für ein neues politisches Projekt

Ein Linksbündnis ist in der Diskussion. Noch stehen im Vordergrund der Debatte die Hindernisse, und über seine politischen Inhalte wird praktisch und konkret kaum diskutiert. Doch der Paradigmenwechsel ist absehbar, vor allem weil sich auch ein gesellschaftlicher, politischer anbahnt.

Natürlich ist eine rot-rot-grüne Koalition 2009 noch höchst unwahrscheinlich. Doch das liegt sicherlich nicht daran, dass eine Linkspartei unter Oskar Lafontaine für die SPD nicht akzeptabel ist. Die Probleme liegen auf anderen Gebieten: Zum einen findet eine solche Koalition, insbesondere die Beteiligung der Linken, in der Bevölkerung bisher nur relativ geringe Akzeptanz. Zum anderen gibt es bisher keine inhaltliche Basis für ein alternatives Projekt, das mehr wäre als eine bescheidene Korrektur neoliberaler und unsozialer Auswüchse. Schließlich und vor allem gibt es bisher keinen hinreichenden geistigen Wandel in der Gesellschaft und keine wirkungsvolle gesellschaftliche Bewegung, die die schwierige und weitreichende Veränderung tragen könnte.

Doch ob 2009 oder erst 2013: Es gibt eine Möglichkeit, eine drängende Notwendigkeit und eine Perspektive für ein Linksbündnis. Es ist Zeit, seine Bedingungen und Inhalte vorzubereiten, damit es mehr ist als eine arithmetische Mehrheit, eine Mehrheitsbeschaffung für die SPD oder eine Koalition, die lediglich einige unsoziale

und andere Auswüchse der aktuellen Politik korrigiert – ein realistisches, aber langfristiges und strategisches Projekt einer politischen Alternative zum Neoliberalismus.

Der in den vergangenen Jahrzehnten auch in der Bundesrepublik erst geistig, dann politisch, wirtschafts- und sozialpolitisch und schließlich ebenso kulturell durchgesetzte Neoliberalismus, Freiheit im Sinne der Wirtschaft, des Marktes, des Wettbewerbs, der Deregulierung, ist offensichtlich in der Krise. Er hat die Gesellschaft der Bundesrepublik weitreichend

André Brie

(*1950) ist Mitglied der Gruppe Die Linke in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken im Europäischen Parlament.

andre.brie@europarl.europa.eu

verändert. Er hat sicherlich nach den Stagnationstendenzen in der alten Bundesrepublik vor 1989 gewisse, wie auch immer zu bewertende, Anpassungs- und Reformpotenziale freigesetzt. Doch scheinen diese inzwischen weitgehend ausgeschöpft zu sein. Er ist in einer Krise seiner Legitimität, wie nicht nur breite Stimmungen in der Bevölkerung und die Umfrageergebnisse der Linkspartei, sondern auch poli-

tisch-programmatische Veränderungen in der SPD, bei den Grünen, sogar in der CDU/CSU zeigen.

Nicht nur gemessen an seiner ökonomischen Reformfähigkeit und gesellschaftlichen Akzeptanz oder gemessen an Wahlergebnissen scheint der Neoliberalismus seinen Zenit überschritten zu haben. Forderungen nach der Reform von *Hartz IV* und der *Rente mit 67*, einer neuen Verteilungsgerechtigkeit oder einer grundlegend veränderten Afghanistan-Politik, einschließlich des Rückzugs der Bundeswehr, finden in Umfragen eine deutliche Zustimmung.

Eine strukturelle, wenngleich politisch und kulturell sehr heterogene und politisch weitgehend passive kulturelle Mehrheit ist nicht nur jenseits von CDU/CSU und FDP, sondern auch jenseits des Neoliberalismus möglich geworden. Abstrakt sind Notwendigkeit, Möglichkeit und soziale sowie politische Träger einer anti-neoliberalen Alternativen entstanden. Kon-

kret, praktisch und geistig-kulturell ist sie jedoch noch schwach.

Ihre Notwendigkeit hat nach meiner Überzeugung einen umfassenden Charakter angenommen. Die wirtschaftspolitischen Reformen der vergangenen zwei Jahrzehnte erweisen sich selbst in der gegenwärtigen Konjunktur als unzureichend und kontraproduktiv. Vor allem aber sind sie zur akuten Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, die Grundlagen für Individualität und ein selbstbestimmtes Leben, für Kultur und Natur sowie die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union geworden. Sie erweisen sich auch als wesentliche Ursache für die Verschärfung internationaler Konflikt- und Kriegsgefahren.

Exemplarisch möchte ich nur eine Frage diskutieren und auf das qualitativ neue Ausmaß und die Konsequenzen gesellschaftlicher Spaltung, sozialer Ausgrenzung und Ungerechtigkeit verweisen. Die soziale Polarisierung hat ein neues Niveau

erreicht. Die sozialen Folgen nehmen zerstörerischen Charakter an. Nach Angaben aus dem »Kinderreport Deutschland 2007« des *Kinderhilfswerks* hat sich die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Jungen und Mädchen in nur drei Jahren auf mehr als 2,5 Millionen verdoppelt. Jedes sechste Kind im reichen und noch reicher gewordenen Deutschland ist von ihr abhängig.

Seit geraumer Zeit, aber viel zu spät und mit unzureichenden Schlussfolgerungen, haben wir eine politische Diskussion über die Probleme der Desintegration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund begonnen, erst nachdem die bildungspolitischen, sozialen und anderen Probleme einen akuten und offenkundigen Charakter angenommen hatten. Die Sozialpolitik der vergangenen Jahre, insbesondere der *Agenda 2010* und der Konsequenzen aus *Hartz IV*, führt jedoch inzwischen auch für viele andere Menschen zu einer ähnlichen Situation, ohne dass es darüber eine wirkliche Debatte gibt. Ihre sozialen und anderen Folgen werden kaum zur Kenntnis genommen. Trotz der wirtschaftlichen Konjunktur und der deutlichen Verringerung von Arbeitslosenzahlen sind viele Millionen Menschen in der Bundesrepublik in prekären und unsicheren Arbeitsverhältnissen, im Niedriglohnsektor oder beziehen das Arbeitslosengeld I beziehungsweise II. Allein 440.000 Menschen erhalten ALG II, obwohl sie einen Vollzeitjob haben.

Aus dieser Situation entsteht vor allem für die Kinder der Betroffenen ein Teufelskreis, der von sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung, zu wesentlich geringeren eigenen Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsplatzchancen, perspektivisch für viele von ihnen wie bei ihren Eltern dann zu Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Sozialhilfe und schließlich zu Altersarmut führen wird. Wir haben eine Verfestigung und Reproduktion sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung, die für die Be-

troffenen dramatisch und für die Gesellschaft nicht akzeptabel ist.

Es entsteht eine millionenstarke neue Klasse der Ausgegrenzten und sozial Entsicerten, die in ihrer Heterogenität zwar kaum eine gesellschaftliche Widerstandsmacht entwickeln kann. Aber auch für die Gesellschaft wird diese Entwicklung bedrohlich. Gesellschaftliche Spaltung hat nicht nur einen hohen individuellen Preis. Sie zerstört Demokratie und demokratische Wertorientierung, Solidarität, Gemeinsinn und Toleranz. Sie schwächt auch demokratisch notwendige gesellschaftliche Gegenkräfte wie die Gewerkschaften oder die Sozialverbände.

Ein realistisches, aber langfristiges Projekt

Die gesellschaftliche Bedrohlichkeit dieser Situation ist weit über die Linke, die SPD, die Gewerkschaften oder globalisierungskritische Bewegungen hinaus erkannt und wird selbst in der CDU/CSU durchaus zur Kenntnis genommen. Doch sie abzuwenden erfordert den Bruch mit einer Politik, die den Markt und die totale Vermarktung, die Profite der Großunternehmen und den internationalen Freihandelskapitalismus zum Koordinatensystem fast aller gesellschaftlichen Orientierungen gemacht hat. Das eben ist die offensichtlich für andere politische Kräfte nicht überwindbare Hürde. Dazu wird nur ein Linksbündnis in der Lage sein. Es ist also zum gesellschaftlichen Erfordernis geworden. Dass seine politischen und parteipolitischen Möglichkeiten noch so gering sind, ist angesichts der sozialen Situation von Millionen Menschen, die ihrer Lebenschancen enteignet werden, angesichts der gesellschaftlichen Spaltung und der radikalen ökologischen und internationalen Risiken nicht verantwortbar.

Ein Linksbündnis mit einem alternativen politischen Projekt wird Gegenstand

des Wettbewerbs zwischen seinen potenziellen Partnern sein müssen. Die Linkspartei wird zu einer Doppelstrategie von Auseinandersetzung mit der SPD und achtungsvollem Dialog mit ihr fähig und bereit sein müssen. Eine öffentliche Debatte um sehr konkrete Inhalte ist nötig. Es geht dabei um realistische Schritte zu weiterreichenden (über eine Legislaturperiode hinausreichenden) Zielen, vor allem eine Alternative zu *Hartz IV*, eine Politik der sozialen Inklusion und der neuen beschäftigungspolitischen Perspektiven mit Existenz sichernden Löhnen. Dazu gehört auch eine Grundsicherung, sei sie nun bedarfsabhängig – oder -unabhängig. Es geht dabei auch um die Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme sowie eines europa-, umwelt- und energiepolitischen Wandels und um eine zivilere und solidarische internationale Politik. In der letzten Frage werden sich die größten Probleme ergeben, für die sich gegenwärtig noch keine Lösungen abzeichnen. Zugleich muss um ein anderes geistiges und politisches Klima in Deutschland gerungen

werden. Andernfalls würde einem Linksbündnis der strategische Atem fehlen.

Meine Partei, Die Linke, wird dabei das Schlüsselproblem ihres Platzes im deutschen politischen und Parteiensystem lösen müssen. Ziel ist die Verbindung eines konsequenten Realismus und politischer Bündnisfähigkeit mit einem dauerhaften, für Millionen Wählerinnen und Wähler überzeugenden Profil jenseits der Sozialdemokratie. Die SPD steht vor der Frage, ob sie sich aus der strategischen Falle einer bloßen Gegnerschaft zur Linken und koalitionspolitischen Bindung an die CDU befreien kann und will. Doch, wenn sie dazu nicht bereit wäre, drohte ihr langfristig die politische Marginalisierung. Keines dieser Probleme ist gelöst. Es wäre unverantwortlich, wollten wir nicht endlich mit einer politischen Diskussion darüber beginnen. Es wäre politisch kurzsichtig, mehr zu wollen als die numerisch mögliche Koalition. Die Linkspartei jedenfalls wird nur auf der Grundlage eines strategisch alternativen Projektes koalitions- und selbstbehauptungsfähig sein.

Karsten Rudolph

Politik heißt Neues zu können

Warum Eins plus Eins in der Politik nicht gleich Zwei ist

Es zählt zu den historischen Grunderfahrungen linker Politik in Europa, dass in denjenigen Ländern, in denen die bürger-

liche Rechte in mehrere Parteien gespalten war, das sozialdemokratische Projekt am Besten vorankam. Umgekehrt gilt: Überall dort, wo eine zersplitterte Linke einem rechtsbürgerlichen Block oder einer großen christdemokratischen Partei gegenübersteht, ist es richtig schwierig für eine hegemoniale Politik der sozialen Demokratie. Oder pointierter gesagt: Immer dann, wenn die Linke über die Einheit parliert – ein Linksbündnis also gleichermaßen als Perspektive und als Illusion erscheint – regiert oder profitiert die Rechte.

Karsten Rudolph

(* 1962) ist innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf und Privatdozent an der Ruhr-Universität Bochum für Neuere und Neueste Geschichte.

landtag@karsten-rudolph.de